

**KRISE DER EUROPÄISCHEN
FLÜCHTLINGSPOLITIK**

POSITION DER VOLKSHILFE ZUR SITUATION AN DER
TÜRKISCH-GRIECHISCHEN GRENZE

Wien, 5. März 2020

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at

UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093

IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

INHALT

1	Aktuelle Krise an der türkisch-griechischen Grenze	2
2	Verschärfung der Lage	2
3	Dramatische Bilder.....	3
4	Was es jetzt kurzfristig braucht	3
5	Was es langfristig braucht	4
6	Rückfragen	4

1 Aktuelle Krise an der türkisch-griechischen Grenze

In den vergangenen Jahren hat ein umstrittener Deal mit der Türkei dafür gesorgt, dass größere Flüchtlingsbewegungen nach Westeuropa ausgeblieben sind. Die EU hat damit Verantwortung abgegeben, die Zeit aber nicht für das Entwickeln besserer Lösungen genutzt. Es wurden keine Außen- bzw. friedenspolitischen Initiativen gesetzt, weder von der EU noch vom neutralen Österreich, die Hilfe vor Ort war zu gering, die Mittel für UNHCR aus Österreich beschämend.

Diese Vereinbarung der EU mit der Türkei wurde vor vier Jahren abgeschlossen und läuft heuer aus. Bis heute gibt es keine Zusage der EU für eine Fortführung der Zahlungen, daher werden derzeit bisher finanzierte Flüchtlingsprojekte abgebrochen. Das erhöht die Unsicherheit der Flüchtlinge in der Türkei.

Gleichzeitig war und ist die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln und an der griechisch-türkischen Grenze ein menschenrechtlicher Skandal. Die finanziellen Mittel der EU waren offensichtlich zu gering, um menschenwürdige Bedingungen in diesen Lagern zu schaffen, alle Appelle an die EU-Verantwortlichen, stärker zu unterstützen, waren nicht erfolgreich. Die Resettlement Bestrebungen und auch alle politischen Initiativen, die EU-Mitgliedsstaaten zu einer gerechten Verteilung von Flüchtlingen in Europa zu bewegen, waren erfolglos. Daher blieb der Druck in Griechenland hoch.

2 Verschärfung der Lage

Im syrischen Bürgerkrieg mit internationalen Allianzen versucht der syrische Machthaber Assad mit Unterstützung durch Russland derzeit, die letzten Rebellengruppen in Idlib militärisch zu besiegen, die Türkei will das verhindern. Leidtragend ist wieder die Zivilbevölkerung, derzeit flüchten viele Menschen Richtung Türkei. Das erhöht den Druck in der Türkei, die derzeit schon rund 3,6 Millionen Flüchtlinge versorgt. Erschwerend kommt dazu, dass das Assad Flüchtlinge und Regimegegner nicht zurückkehren lassen will.

Um die EU zu mehr Engagement bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen und zu einer Unterstützung seiner Pläne einer Ansiedlung syrischer Flüchtlinge im Kurdengebiet zu bewegen, werden derzeit Flüchtlinge von der Türkei an die griechische Grenze gebracht. Erdogan macht mit dieser absichtlichen Eskalation Druck auf die EU für die Fortführung der finanziellen Vereinbarung. Zusätzlich will Erdogan die Hilfsgelder selbst nutzen, es ist allerdings entscheidend, dass die Projekte der internationalen NGOs und des UNHCR fortgeführt werden. Auf die Erpressbarkeit der EU durch den Deal mit der Türkei hat die Volkshilfe wiederholt hingewiesen.

3 Dramatische Bilder

Die europäische Union ist mit der Flüchtlingssituation überfordert und Griechenland wird alleine gelassen, hält die Grenze geschlossen und hat angekündigt, derzeit keine Asylanträge mehr anzunehmen. Das ist ein klar rechtswidriger Bruch der Genfer Konvention und kann nicht einfach hingenommen werden. Diese unerträgliche Situation führt zu den dramatischen und erschütternden Bildern an der Grenze, die von Griechenland mit Tränengas und Gummigeschossen gegen schutzsuchende Menschen, darunter vielen Kinder, verteidigt wird. Es sind jene Bilder, die auch durch die rigide Flüchtlingsabwehrpolitik Österreichs und der mangelnden Hilfe vor Ort hervorgerufen und auch jetzt in Kauf genommen werden. Ein Symbol des Versagens der EU-Politik in den vergangenen Jahren.

4 Was es jetzt kurzfristig braucht

Die gegenwärtige Krise erfordert einerseits kurzfristige, vorrangig humanitäre Hilfe; andererseits langfristige Strategien um die Thematik auf europäischer Ebene zu bearbeiten:

- humanitäre Lösungen: Evakuierung von griechischen Flüchtlingslagern vorrangig für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und für Eltern mit ihren Kindern.
- Zugang zu den Lagern in Griechenland für NGOs um direkte Hilfe (ärztliche und humanitäre Unterstützung) leisten zu können.
- trotz grundsätzlicher berechtigter Kritik an dem Deal mit der Türkei führt an einer raschen Zusage weiterer finanzieller Unterstützung der Türkei zur Betreuung von Flüchtlingen durch die EU kein Weg vorbei.
- Sofortige Wiederaanwendung der Genfer Flüchtlingskonvention. Menschen haben ein Recht auf ein faires Asylverfahren. Push-backs, das Zurückschieben an der Grenze ohne Verfahren wie auch in Kroatien, sind nicht zulässig, es ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung ohne Einzelfallprüfung.
- Anwendung der EU-Richtlinie 2001/55/EG als Grundlage für vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus Syrien (ähnlich wie bei der Bosnienhilfe als vorübergehender Schutz).
- sofortiges Resettlementprogramm Österreichs - Beginn der Aufnahme von UMFs aus den Lagern auf den Inseln, unbürokratisch und sofort -> die Plätze sind vorhanden!
- Beteiligung an Aktionen in Österreich vergleichbar zu „Städte sicherer Häfen in Deutschland. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1131385.staedte-sicherer-haefen-kommunen-draengen-darauf-gefluechtete-aufzunehmen.html>

- Sofortige Aufstockung der UNHCR Mittel durch Österreich

5 Was es langfristig braucht

Die vergangenen Jahre wurden zu wenig genutzt um europäische Strategien zu entwickeln. Wir fordern Europa auf, die Verantwortung im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention wahrzunehmen.

- Stopp der Waffenlieferungen aus Europa
- Legale Wege, um Asylansuchen stellen zu können
- Funktionierende europäische Resettlementprogramme
- Überzeugende Hilfe vor Ort
- Klare, möglichst europaweite Richtlinien für legale Zuwanderung (Stichwort FacharbeiterInnenmangel), um Druck auf die Asylverfahren zu nehmen.
- Änderung der EU-Wirtschaftspolitik, um durch wirtschaftliche Entwicklung mehr Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunftsperspektive bieten zu können.
- Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen (Regierung, EU-Rat, Zivilgesellschaft), dass es keine Alternative zu einer gerechten Verteilung von schutzsuchenden Menschen in Europa gibt.
- Außenpolitische Initiative Österreichs als neutrales Land

Die dramatische Situation ist eine historische Menschenrechtskrise und ein gefährlicher Wendepunkt der Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik der EU. Dagegen gilt es entschieden aufzutreten!

6 Rückfragen

Judith Ranftler

E-Mail: judith.ranftler@volkshilfe.at

Mobil: +43 676 83 402 225

Erwin Berger

E-Mail: erwin.berger@volkshilfe.at

Mobil: +43 676 83 402 215